

Brigitte Artmann
Kreisträtin/Kreisvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV Wunsiedel
Am Frauenholz 22
95615 Marktredwitz
Germany
Tel +49 923162821
Mobil +49 1785542868
brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de
www.gruene-fichtelgebirge.de

**Ministerstvo Životního Prostředí (MŽP),
100 00 Praha 10 – Vršovice,
Vršovická 65,
Tschechische Republik**

Note by email to all relevant official bodies in EU and Germany.

Marktredwitz 2012-06-15

Stellungnahme zur UVP Neue Kernkraftanlage am Standort Temelin einschließlich Ableitung der Generatorleistung in das Umspannwerk mit Schaltanlage Kocin“/ Frist 07.05.-18.06.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich mache hiermit meine Rechte im Rahmen einer grenzüberschreitenden UVP nach Aarhus, Espoo und UVP Direktive geltend. Darüber hinaus bestehe ich auf meine Rechte nach tschechischem Recht umfassende Information über den gewählten Reaktortyp, sowie über alle daraus resultierende Ergebnisse persönlich informiert zu werden. Ich bitte um Information an welchem Ort und zu welcher Zeit der Öffentlichen Anhörung in Deutschland stattfinden wird, wenn die UVP wegen Verstoßes gegen oben angeführte Rechte wiederholt werden muss. Ich möchte grundsätzlich betonen, dass ich das Verfahren in der durchgeführten Form ablehne, da eine Öffentliche Anhörung in Deutschland nicht vorgesehen ist und damit der, in der UN Aarhus-Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC, art. 7(5) vorgesehene „diskriminierungsfreien Zugang“ zu den Verfahren nicht gegeben ist. Es nehmen 5 Länder, Tschechien, Österreich, Slowakei, Polen und Deutschland an diesem Anhörungstermin in Budweis am 22.06.2012 teil. Viele Personen aus diesen Ländern bleiben deswegen zu Hause. Viele Personen wurden überhaupt nicht informiert und beteiligt. Das sind Verfahrensfehler. Diese UVP muss wiederholt werden. Die entsprechenden Gesetzestexte liegen dem MŽP vor.

Darüber hinaus nehme ich zur Umweltverträglichkeitserklärung für den Ausbau des AKW Temelin, wie folgt Stellung: Nur die grenznahen Landratsämter (Cham, Freyung-Grafenau, Hof, Neustadt a. d. Waldnaab, Passau, Regen, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel) und kreisfreien Städte (Hof, Passau und Weiden i. d. Oberpfalz) wurden von der Bayerischen Regierung beteiligt und über den Amtsweg informiert, ähnlich ist die Situation in Sachsen. Aber nur in wenigen Landkreisen wurde die behördliche Mitteilung auch veröffentlicht. Es fehlt die Beteiligung der Bevölkerung über den Amtsweg. Es müsste wie zu einer Wahl benachrichtigt werden, wenn Aarhus 3(9) entsprochen werden soll.

Es fehlt der verbindliche Anhörungstermin in der BRD. Wenn tschechische BürgerInnen einen Anhörungstermin in tschechischer Sprache und gut erreichbar bekommen, dann steht nach der UN Aarhus-Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC, art. 7(5) auch deutschen BürgerInnen ein verbindlicher Anhörungstermin in der Muttersprache zentral und gut erreichbar in Deutschland zu.

Die UN Behindertenrechtskonvention sagt, ALLE müssen am täglichen Leben integriert werden. Tschechien hat diese Konvention nicht ratifiziert. Wie werden diese Menschen aus Deutschland am Anhörungstermin in Budweis integriert? Doch auch behinderte BürgerInnen müssen entsprechend der UN Bürgerrechtskonvention integriert werden.

Ich erspare mir die Übersetzung der Englischen Rechtstexte. Englisch muss nach Aarhus in der UVP akzeptiert werden. Das MZP verlangt von mir normalerweise Englisch zu kommunizieren.

The EU Charter of Fundamental Rights:

Article 21

Non-discrimination

1. Any discrimination based on any ground such as sex, race, colour, ethnic or social origin, genetic features, language, religion or belief, political or any other opinion, membership of a national minority, property, birth, disability, age or sexual orientation shall be prohibited.

Article 26

Integration of persons with disabilities

The Union recognises and respects the right of persons with disabilities to benefit from measures designed to ensure their independence, social and occupational integration and participation in the life of the community.

The Charter is binding since the Lisbon Treaty was ratified and the European Commission can start infringement procedures on breaches - citizens can also take breaches to the European Court or to the Ombudsman.

European Human Rights Convention, for which infringements can be complained to the European Human Rights Court in Strassbourg:

Article 141 – Prohibition of discrimination

The enjoyment of the rights and freedoms set forth in this Convention shall be secured without discrimination on any ground such as sex, race, colour, language, religion, political or other opinion, national or social origin, association with a national minority, property, birth or other status.

Discrimination of people with disabilities also falls under this article. There is a lot of jurisprudence on that.

Ich verlange, dass behinderte Menschen ihren Behinderungen entsprechend informiert werden und beteiligt werden. Das war nicht der Fall. Die UVP muss wiederholt werden.

Außerdem fehlten 60 Tage Frist wie schon im Jahre 2010, besser 3 Monate, denn der UVP Bericht umfasst mehr als 2000 Seiten. Wie soll ein im normalen Leben stehender Mensch sich innerhalb dieser wenigen Tage informieren?

CEZ führt ein Blackbox Verfahren durch, ein geheimes Verfahren, der Reaktor wird erst am 02. Juli 2012 geheim entschieden, alle Unterlagen werden geheim bleiben. Ich kann mich nicht informieren. Nach tschechischem Recht stehen mir alle Informationen zu. Hierzu sind die Auflagen bzgl. Ranking aus dem Standpunkt des MZP aus 2009 zu beachten!
<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/umweltpolitische/ESPOOverfahren/UVPETE34/UVPE TE 34 Abschluss Scoping dt.pdf>

Mit der tschechischen UVP liegt noch keine Bau- und Betriebsbewilligung vor, daher sind in den entsprechenden nachfolgenden Verfahren Auflagen an die Anlage einzuhalten und deren Einhaltung nachvollziehbar zu dokumentieren. Ich wende ein, dass die Parteistellung in diesen nachfolgenden Bewilligungsverfahren anders definiert ist als im UVP-Verfahren. Insofern erlaubt das tschechische Recht, dass die gleichen Personen, die am UVP-Verfahren teilgenommen haben, uneingeschränkter Zugang, Teilnahme und Einspruchsmöglichkeit in den nachfolgenden Bewilligungsverfahren haben.

Die Konformität der Rechtslage in Tschechien und in Deutschland wurde im Vorfeld nicht mit den EU-Richtlinien bzw. der UN Aarhus Konvention und der Espoo Konvention überprüft. Dies muss zu einer Überprüfung und zu einem Vertragsverletzungsverfahren bei der EU-Kommission und vor Aarhus (ACCC) in Genf führen. Die UVP muss in Abstimmung mit geltendem internationalem Recht durchgeführt werden. Sie muss wiederholt werden. Menschen- und Bürgerrechte werden nicht gewährt. Ich konnte und kann mich nicht umfassend informieren.

Bereits die Reaktoren Temelin 1+2 gefährden mein Leben und das meiner Familie. Tschernobyl hat das bewiesen. Und auch die High Tech Nation Japan hat mit Fukushima eindrucksvoll bewiesen, Atomkraft ist nicht beherrschbar. Bereits Temelin 1+2 wären in Deutschland wegen der nach 28.8 m NICHT getrennten Hochdruckdampfleitungen nicht genehmigungsfähig gewesen. Temelin 1 hat ein besonderes Sicherheitsrisiko direkt am Reaktor, er muss sofort abschalten werden. Seit Jahren liegt SUJB, CEZ und Tschechien die Greenpeace Dokumentation *The Risks of Skoda* von Jiri Tutter und Jan Haverkamp vor. Akte 15/2001/SUJB muss sofort veröffentlicht werden! Welche Auswirkungen hat eine Havarie, ein INES 7 Fall auf die beiden neuen Reaktoren?

Tschechiens unabhängiger Gutachter hat die deutschen Einwendungen aus dem Jahre 2010 in unerträglicher Weise konterkariert. Der Gutachter kann nicht im Ernst glauben, er will nur im Umkreis von 700 Metern innerhalb von 7 Tagen evakuieren. Wen will er da evakuieren? Die Feldmäuse und Feldhamster? Mir ist die Örtlichkeit von Temelin bekannt. 700 Meter oder wie die in einem anderen Fall im selben Gutachten genannten 800 Meter sind nicht realistisch. Die Stellungnahme von Greenpeace international, Verfasser Jan Haverkamp, ist vollinhaltlich in meine Stellungnahme zu integrieren. Sie liegt dem MZP vor.

Zur Einwendung der Stadt Marktredwitz sagt der Gutachter: *es ist nicht ersichtlich, wie der Autor des Einwandes zu dem Schluss gekommen ist, dass die Folgen des Unfalles eine 200 km entfernte Stadt betreffen könnten. Geplant sind im Falle eines INES 7 Falles Evakuierungen im Laufe von 7 Tagen im Umkreis von 700 m um den Reaktor...* Verzeihung, aber nach Tschernobyl und Fukushima sollte sich auch einem Gutachter erschlossen haben, wie man zu diesem Schluss kommen kann.

Der Landrat aus Bayreuth thematisierte in seiner Einwendung einen Terrorangriff. Die Antwort *...die Erwähnung eines katastrophalen Versagens und des INES 7 Ereignisses für diese Reaktoren würde eine Negierung des gesamten Entwicklungsprozesses des Sicherheitskonzepts der Reaktoren der Generation III+ bedeuten...* Ja, genau. Denn vertrauensselig an die Technik glauben ist nicht gut nach Tschernobyl und Fukushima. Man sollte realistisch bleiben.

Gefahren durch Kriege, Terrorangriff oder Flugzeugabsturz sind sehr wohl existent. Auf dem nuklearen und sicherheitstechnischen Grundwissen und in der Annahme dass der Gutachter die Einwendungen nicht bewertet, sondern technischen Illusionen unterliegt, ist das Verfahren abzulehnen und zu wiederholen.

Ich bin nicht bereit mit meinem Leben und meinem Besitz für den Energieversorger CEZ zu haften. CEZ verdient mit Temelin Geld. Tschechien hat circa 200 oder 300 Millionen Euro Nuklear-Haftpflicht. Fukushima hat nach Greenpeace Recherchen über 500 Milliarden Euro Schaden verursacht. Japan ist umgeben von Wasser und hat keine angrenzenden Nachbarn. Der Schaden wäre bei Temelin mitten in Europa sehr viel größer. Denn obwohl der große Teil der freigesetzten Radioaktivität Tokio nicht traf, waren 5 willkürlich gezogene Bodenproben in der 24 Millionen Stadt Tokio radioaktiver Sondermüll.

Tschechien kann die geplanten Reaktoren 3+4 nicht selbst finanzieren und will von der EU Subventionen. Folgekosten für Endlagerung sind nicht eingerechnet. Regenerative Energie wird in Tschechien völlig irrational abgeschafft. Laut Medienberichten herrscht in Tschechien Korruption. Wenn der tschechische Energieversorger CEZ AKW bauen will, so muss er wirtschaftlich selbstständig den Bau und das volle Restrisiko finanzieren können. Oder er muss es lassen. Tepco in Japan konnte nichts finanzieren. Schäden an meinem Eigentum im Schadensfall müssen im Rahmen einer atomaren Haftpflicht von CEZ zu 100% abgedeckt werden. Das MZP muss das sicherstellen.

Das MZP kann CEZ nicht genehmigen, sich lediglich für 76 Mio € für alle KKW zusammen versichern zu lassen, den Rest auf die 306 Mio € übernimmt der Staat. Auch wenn dies konventionskonform ist, das ist eine Subvention.

Es gibt keine Valorisierung, keine Anpassung wie viel KKW-Blöcke herumstehen, keine Adaptierung auf die Versicherungswerte in Deutschland zum Beispiel und schon gar nicht eine Anpassung an die Schadenssummen die wir aus Fukushima kennen - wenngleich dort ja nur ca. 20% der Emissionen auf japanischem Festland niedergingen. Siehe Link <http://www.oecd-nea.org/brief/brief-04-1.html>

Das Umweltinstitut München bezeichnet das tschechische UVP Gutachten auf seiner Website als Gefälligkeitsgutachten. Die Stellungnahme des Umweltinstitutes München ist vollinhaltlich meiner Stellungnahme zuzuordnen.

Die Haftungssumme ist zu gering. Die Forderung ist daher, dass die Haftung des Betreibers – gemäß den Schadenserkenntnissen aus Tschernobyl und Fukushima maßgeblich erhöht wird. Dies kann der Betreiber freiwillig tun. Es ist zu fordern, dass dies das MZP in seinen UVP-Standpunkt mitaufnimmt.

Zudem sind die tschechischen Atomhaftpflichtbestimmungen zu verschärfen, die Haftpflichtsumme des Betreibers selbst ist maßgeblich zu erhöhen, unbeschränkte Betreiberhaftung sowie als effektive Versicherungssumme mind. 100 Mrd. €. Hierbei ist sicherzustellen, dass die durch einen Unfall in einer tschechischen Nuklearanlage im In- und Ausland Geschädigten in vollem dem aktuellen Zeitwert entsprechendem Ausmaß Schadensersatz erhalten können. Dies hat unabhängig davon zu gelten, ob der ebenso vom Unfall betroffene Staat einer geltenden Haftungskonvention angehört.

Das MZP hat 2009 Anforderungen an die UVE festgelegt, die die UVE nicht erbracht hat und die der Gutachter nicht geprüft hat. Einiges, was 2009 vom MZP gefordert wurde kann aber auch

derzeit noch gar nicht vorgelegt werden. Insofern kann das UVP-Verfahren nur mit strengen Auflagen für die nachfolgenden Bewilligungsverfahren abgeschlossen werden.

Meine Einwendung von August/September im Jahre 2010 bleibt vollinhaltlich bestehen. Der unabhängige Gutachter hat auch im Jahre 2012 die Erfahrungen durch Tschernobyl und Fukushima noch nicht in seine Bewertung meiner Stellungnahme integriert. Auf diesem Niveau kann man nicht arbeiten. Meine Einwendung aus dem Jahre 2010 bezeichnet er als persönliche Äußerung. Außerdem weiß ich nicht, wie ich in die Bewertung der Stellungnahme 1A/1C kam. Diese Einwendung habe ich nie abgegeben oder der Gutachter hatte Verständnisprobleme.

Wie gesagt, Reaktor 1+2 haben nicht getrennte Hochdruckdampfleitungen. Diese Reaktoren wären in Deutschland nicht genehmigungsfähig. Kein gutes Beispiel für das Sicherheitsverständnis der beiden neuen Reaktoren.

Wie gesagt, Tschechien hat 300 Millionen Euro Nuklear-Haftpflicht. Fukushima wird nach Greenpeace Recherchen über 500 Milliarden Euro Schaden verursachen. Japan ist umgeben von Wasser, hat keine angrenzenden Nachbarn, der große Teil der radioaktiven Wolke trieb auf den Pazifik. Der Schaden wäre sehr viel größer in Europa.

In der Nacht vom 30. April auf den 01. Mai 2012 trieb eine Gewitterzelle von Südböhmen nach Nordost-Bayern. Hätte es ein INES 7 Ereignis in dieser Nacht in einem der beiden Reaktoren gegeben, innerhalb kürzester Zeit wäre Nordost-Bayern unbewohnbar gewesen. Wegen Realitätsnähe sieht die Stadt Marktredwitz eine unmittelbare Gefährdung und ich auch.

Ich fordere eine Überprüfung anhand von meteorologischen Wetteraufzeichnungen. Die High-Tech-Nation Japan hat mit Fukushima beeindruckend bewiesen, Atomenergie ist unbeherrschbar und nicht mit meinem persönlichen Recht auf Unversehrtheit vereinbar.

Die UVP Temelin 3+4 verstößt gegen geltendes internationales und europäisches Recht. Im Antidiskriminierungsartikel der UN Aarhus Konvention Artikel 3 Absatz 9 (1) ist festgelegt, dass jede Person in Europa denselben Zugang haben soll zu Umweltangelegenheiten. Das ist nicht der Fall. Nur die *grenznahen Landratsämter (Cham, Freyung-Grafenau, Hof, Neustadt a. d. Waldnaab, Passau, Regen, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel) und kreisfreien Städte (Hof, Passau und Weiden i. d. Oberpfalz)* wurden von der Bayerischen Regierung beteiligt und über den Amtsweg informiert. Nur dort liegen die Unterlagen zur direkten Einsichtnahme durch die Bevölkerung aus. Sonst nirgends in Bayern. Aber auch dort wurden nicht alle Menschen informiert. Radioaktivität bleibt selbstverständlich direkt nach der Grenze stehen, das haben die Beispiele Tschernobyl und Fukushima gezeigt. Espoo 2(6) **in the areas likely to be affected** ist nicht mit der gängigen Praxis der Bürgerbeteiligung abgeklärt. Im Rest von Bayern sind alle Personen auf Mundpropaganda angewiesen. FALLS sie etwas von der UVP erfahren sollten, können sie nur über Internet teilnehmen. Wer kein Internet hat, kann nicht teilnehmen und wird diskriminiert. Aber im Rest von Bayern und der BRD wissen die Menschen nicht einmal, DASS sie teilnehmen dürften, da selbst Experten der Ministerien und der Umweltschutzverbände (NGOs) nicht wissen, wer teilnehmen darf und wer nicht. Laut BMU sollten die „geförderten“ NGOs die

Bevölkerung informieren. Diese tun das aber nicht. Wissen sie das überhaupt? Ähnlich ist es im Bundesland Sachsen.

(1)

Aarhus 3(9): Within the scope of the relevant provisions of this Convention, the public shall have access to information, have the possibility to participate in decision-making and have access to justice in environmental matters without discrimination as to citizenship, nationality or domicile and, in the case of a legal person, without discrimination as to where it has its registered seat or an effective centre of its activities.

Espoo 2(6): The Party of origin shall provide, in accordance with the provisions of this Convention, an opportunity to the public in the areas likely to be affected to participate in relevant environmental impact assessment procedures regarding proposed activities and shall ensure that the opportunity provided to the public of the affected Party is equivalent to that provided to the public of the Party of origin.

EIA Directive 85/337/EC, art. 7(5). The detailed arrangements for implementing this Article may be determined by the Member States concerned and shall be such as to enable the public concerned in the territory of the affected Member State to participate effectively in the environmental decision-making procedures referred to in Article 2(2) for the project.

Bürgerbeteiligung erinnert in Deutschland an eine Bananenrepublik. Umweltminister Jürgen Trittin ratifizierte im Jahre 1998 die UN Aarhus Konvention. Sowohl er, als auch die Umweltminister Gabriel und Röttgen und ihre Kanzler setzten Bürgerbeteiligung nie um. Von 80 Millionen Einwohnern bleiben 79,5 Millionen komplett außen vor. Und die restlichen 500.000 beteiligten Menschen werden auch alleine gelassen. Frau Merkel macht mit Herrn Necas lieber Verkaufstermine mit der TEMELIN ROADSHOW für die unbekannten Reaktoren, anstatt ihren Untertanen einen verbindlichen Anhörungstermin zu geben. Tschechien ist verantwortlich für eine korrekt durchgeführte UVP. Tschechien hätte im Vorfeld abklären müssen, ob diese UVP mit allen internationalen und europäischen Gesetzen im Einklang ist. Dies ist nicht geschehen.

Beteiligt wurde in Europa nur noch Südböhmen (im Umkreis von 13 km um Temelin?) in Tschechien und Österreich. Das war es. Es ist entwürdigend, zu verfolgen, dass keine Bürgerbeteiligung stattfindet, aber gleichzeitig behauptet wird, alles wäre in bester Ordnung. Aarhus und Espoo gelten in ganz Europa. Wie will man der Ukraine Menschenrechte erklären, wenn schon nicht die BRD und Tschechien mit gutem Beispiel vorangehen und seit 1998 in der BRD und seit (wann?) in Tschechien ratifiziertes, gültiges und beschlossenes Bürgerrecht in Europa verbindlich umsetzt?

Vier Bundesumweltminister – Trittin, Gabriel, Röttgen, Altmeier, GRÜN, ROT, SCHWARZ, SCHWARZ – und alle Landesumweltminister + Kanzler waren und sind seit 1998 unfähig und unwillig geltendes internationales und europäisches Recht zur Bürgerbeteiligung umzusetzen und beteiligen nur diese lächerlich geringe Anzahl der Landkreise an der direkten Grenze bei grenzüberschreitenden atomaren Verfahren.

- Es fehlt Beteiligung der Bevölkerung (ALLE!) über den Amtsweg in der ganzen BRD, nicht nur in diesen lächerlich wenigen Landkreisen an der tschechischen Grenze.
- Es fehlt der verbindliche Anhörungstermin. Bundeskanzlerin Merkel macht dafür unverbindliche Verkaufstermine mit Herrn Premierminister Necas!
- Es fehlen 60 Tage Frist, wie schon im Jahre 2010, bzw 3 Monate Frist, Der UVP Bericht umfasst 2000 Seiten. Ohne den Bericht über den gewählten Reaktor.

- Es fehlt umfassende Information der Öffentlichkeit, da die UVP Temelin 3+4 ein Blackbox Verfahren ist. Der tatsächlich gewählte Reaktortyp muss im UVP Bericht beinhaltet sein. Der Reaktortyp wird aber erst am 02. Juli 2012 geheim entschieden. Alle Unterlagen werden geheim bleiben.
- Die UVP muss wegen Verstoßes bei der Bürgerbeteiligung gegen internationales und europäisches Gesetz wiederholt werden.
- Auch Tschechien hat die Aarhus und Espoo Konventionen unterzeichnet. Die UVP Direktive gilt auch in Tschechien. Tschechien hat nur 13 km im Umkreis von Temelin in Südböhmen beteiligt. Nicht jeder hat Internet.
- Noch einmal: Tschechische BürgerInnen bekommen einen Anhörungstermin in tschechischer Sprache und gut erreichbar. Also haben auch deutsche BürgerInnen einen Anspruch auf einen Anhörungstermin in der Muttersprache und zentral und gut erreichbar in Deutschland. Siehe *Aarhus 3(9), Espoo 2(6), EIA Directive 85/337/EC, art. 7(5)*.
- Behinderte BürgerInnen müssen gleichwertig integriert werden.
- Noch einmal zur meiner vom Gutachter bewerteten Stellungnahme aus dem Jahre 2010: Ich habe die vom Gutachter bewertete Stellungnahme so nie abgegeben. Ich finde mich unter 1A/1C wieder. Der Kern meiner Stellungnahme wurde nicht getroffen. Das mag an den Sprachproblemen liegen. Manche Wörter, die vom Gutachter benutzt werden, sind im deutschen Sprachgebrauch nicht existent und ich vermute auch in umgekehrter Weise simple nicht böse gemeinte Verständnisprobleme.

Dennoch möchte ich dem Gutachter in den Punkten, in denen er mich bewertet hat, widersprechen.

Energieversorgung nur mit Kernkraft möglich: Selbst wenn der Bruttoverbrauch an Strom weiter steigen sollte und Tschechien es nicht schaffen sollte, durch energetische Dämmung und Energieeffizienz Einsparungen zu erzielen, so kann man dennoch Windenergie, Biogasanlagen und Blockheizkraftwerke einsetzen. Biogasanlagen sind Grundlastfähig. Die neue Nordex N117/2400 (2,4 Megawatt) ist mit einem Rotordurchmesser von 117 Meter und einer überstrichenen Rotorfläche von 10.715 Quadratmetern die ertragsstärkste Turbine für IEC-3-Standorte (Schwachwind). <http://www.nordex-online.com/de/produkte-service/windenergieanlagen.html?type=98&%3BL=0>

Eine WEA die auch im Fichtelgebirge Ertrag bringt, bringt auch im Erzgebirge, im Böhmerwald und in anderen Gebieten in Tschechien guten Ertrag. Was deutsche Bauern können, können auch tschechische, also Energie erzeugen mit Biogasanlagen. Tschechische Bauern liefern Material für deutsche Biogasanlagen. Warum kann man keine Biogasanlagen als grundlastfähige Kraftwerke in Tschechien bauen? Weil man nicht will? Oder weil CEZ dann kein Monopol mehr hätte, sondern Bauern an der Energieerzeugung verdienen würden? Speicher werden entwickelt werden. Windgasanlage mit Elektrolyse und Speicherung von Gas in bestehenden Leitungen, warum kann Tschechien das nicht? Kann das nur Deutschland? Das glaube ich nicht. Man kann Pumpspeicher bauen, aber man braucht gar nicht so viele. Man braucht nur ein gutes Konzept und im Augenblick sieht es nicht so aus, als sei die Pace Kommission mit Frau Drabova, der Chefin der Reaktorsicherheit als Mitglied, kreativ genug dazu. Ich stelle mich gerne als Europäerin als beratendes Mitglied für erneuerbare Energien meinen Nachbarn zur Verfügung.

Der Gutachter schreibt, ALLE EU Länder wären Importländer. Aha. Wo stehen denn die großen Importquellen aus denen alle EU-Länder den Strom beziehen? Das ist doch nur ein Beweis für einen Stromhandel unter den Ländern. Man exportiert und importiert. CEZ und Tschechien wollen nicht auf regenerative Energien setzen, weil dann viele am Strom verdienen und CEZ das

Monopol verliert. In der Kommission Paces, auf die sich der Gutachter bezieht, sollten unabhängige Experten für regenerative Energie sitzen, nicht Frau Drabova von SUJB.

Regenerative Energie wird in Tschechien abgeschafft. *Man befürchtet einen Black out* wegen verschwindend geringer Mengen an Öko-Strom. Ein Ex- Wirtschaftsminister brachte ein entsprechendes Gesetz auf den Weg, so las man in der Presse. In Presseberichten konnte man weiter erfahren, dass der Herr Minister nicht erklären konnte, woher seine Mutter 16 Millionen Kronen hatte.

Stimmt das? Nach seinem Rücktritt traten inzwischen noch andere Minister zurück. In Presseberichten kann man lesen, es gäbe ein großes Problem mit Korruption in tschechischen Regierungskreisen. Stimmt das? Wenn ja, ist das alles nicht vertrauenserweckend für den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken

Haftpflicht: Diese wurde 1963 in der Wiener Konvention beschlossen und 1994 laut Gutachter nachgebessert. Exkulpationsgründe sind mir egal, es ist mir egal, ob Terrorangriff ein Haftungsgrund ist oder nicht. Es ist mir auch egal „*was man vom Übergang von 9 EU-Ländern vom Wiener Abkommen zum Pariser Abkommen erwarten kann*“. Die Autoritätsgläubigkeit und die spekulativen Aussagen des Gutachters sind manchmal richtig rührend. Fakt ist Tschechien hat 300 Millionen Nuklear Haftpflicht. Fukushima wird nach Greenpeace Recherchen 500 Milliarden Euro Schaden verursachen, die Summe nach oben offen. Eine aktuelle Studie des Versicherungsforums Leipzig¹ beziffert die Kosten für einen schweren nuklearen Unfall auf € 6.000 Milliarden! Der Investor von Fukushima, Tepco, konnte nicht haften.

Richtig ist, dass die Haftung zu gering ist. Die Haftung des Betreibers muss gemäß den Schadenserkenntnissen aus Tschernobyl und Fukushima maßgeblich erhöht werden. Dies kann der Betreiber freiwillig tun, aber das MZP sollte dies in seinen UVP-Standpunkt mit aufnehmen. Auch sind die tschechischen Atomhaftpflichtbestimmungen zu verschärfen, unbeschränkte Betreiberhaftung sowieso und die effektive Versicherungssumme dem Schaden von Fukushima angepasst. Wie schon gesagt, wenigstens 100 Mrd. € sollten es sein. Es ist sicherzustellen, dass die durch einen Unfall in einer tschechischen Nuklearanlage im In- und Ausland Geschädigten in vollem dem aktuellen Zeitwert entsprechendem Ausmaß Schadensersatz erhalten können. Dies hat unabhängig davon zu gelten, ob der ebenso vom Unfall betroffene Staat einer geltenden Haftungskonvention angehört.

Die ZDF Dokumentation Die FUKUSHIMA LÜGE zeigt erschreckende Ähnlichkeiten zwischen Fukushima und Temelin auf. In Fukushima wurden „Hochdruckdampftrockner“ falsch eingebaut. Was wäre gewesen, wenn diese Einbauten in Fukushima korrekt gewesen wären? Bereits Temelin Reaktor 1 hat ein unkalkulierbares Risiko. Die Schweißnaht 1-4-5. Die dazugehörige Akte 15/2001/SUJB wird von tschechischen Ministerien und der tschechischen Atomaufsicht, Frau Drabova, unter Verschluss gehalten. Frau Drabova sagte beim Reaktorverkaufstermin- Informationsveranstaltung in Passau am 12.06.2012: „*Nein, diese Akte wäre nicht so, dass sie veröffentlicht werden könnte.*“ Die Aufzeichnungen liegen nur CEZ, dem MZP und dem StMUG vor. Externe Video-Dokumentationen waren nicht erlaubt. Greenpeace sagt: diese Schweißnaht wurde nie untersucht. Die Expertin für Schweißnähte der tschechischen Atomaufsicht, Frau Kroupova, sagt diese Schweißnaht 1-4-5 wird unter Stress nicht halten. Stimmt das? Diese Akte muss veröffentlicht werden und Frau Kroupova muss ohne Druck reden dürfen wo sie will. Das würde CEZ und SUJB glaubwürdiger machen. Das MZP muss darauf drängen. Die ebenfalls in Passau dokumentierte Aussage von Frau Drabova „Greenpeace hat seit 2010 nichts mehr gefragt...“ ist falsch. Auf Nachfrage bei Greenpeace Tschechien, bei Herrn Janek Rovensky, Energy campaigner Greenpeace Czech Republic erhielt ich folgende Antwort: *“It is incredible! ...we will ensure Mrs Drabova, that we are (and will never be) satisfied, until they will make the file*

¹ Versicherungsforen Leipzig, Studie zur Berechnung einer risikoadäquaten Versicherungsprämie zur Deckung der Haftpflichtrisiken, die aus dem Betrieb von Kernkraftwerken resultieren
http://www.bee-ev.de/_downloads/publikationen/studien/2011/110511_BEE-Studie_Versicherungsforen_KKW.pdf

public, and phase out the power plant." To be honest, personally, I deeply believe in Jan Rovensky, Jiri Tutter and Jan Haverkamp of Greenpeace.

Doku Videoaufzeichnung Vortrag Jan Haverkamp zu Reaktor 1 Temelin auf deutsch
<http://gruene-fichtelgebirge.de/akw-temelin-info-fahrt-2011videodocumentation/>

Greenpeace Dokumentation The Risks of Skoda Greenpeace

1.1 factsheet welding CZ

gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/200305_CZ_Temelin_welding_factsheet.pdf

1.2 factsheet welding CZ addition

gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/20041010_1_Factsheet_welding_CZ_addition.pdf

2.0 factsheet welding ENGLISH - the only official version -The Risks of Skoda Greenpeace

[gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/The Risks of Skoda Greenpeace 02.pdf](http://gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/The_Risks_of_Skoda_Greenpeace_02.pdf)

3.0 factsheet welding DE ((20111118 Factsheet welding 5.2 DE))

[gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/20111118 Factsheet welding 5.2 DE.pdf](http://gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/20111118_Factsheet_welding_5.2_DE.pdf)

Atomvertrauen - Atomová víra -ČT2

www.ceskatelevize.cz/porady/1100627928-ta-nase-povaha-ceska/412235100011001-atomova-vira/

Denikreferendum - something to read- Jan Haverkamp and Greenpeace

denikreferendum.cz/clanek/12197-slendrian-a-zametani-pod-koberec-ve-fukusime-jako-v-temeline

Deshalb ist eine unbeschränkte Betreiberhaftpflicht absolute Pflicht.

Wenn jeder Staat für seine Energieversorgung selbst zuständig ist, so hört das seit den Erfahrungen aus Tschernobyl und Fukushima bei Atomanlagen ganz sicher auf. Das sind Anlagen mit denen Geld verdient wird. Und die gleichzeitig ganze Kontinente verseuchen können. Ich will nicht mit meinem Eigentum für CEZ haften. Will nicht wegen CEZ mein Zuhause verlassen müssen. Ich will keine Spekulationen hören, ich will Fakten.

Wenn Tschechien Atomkraftwerke bauen will, so muss es wirtschaftlich selbstständig sowohl den Bau als auch das Restrisiko finanzieren und nicht durch die Einwohner europäischen Nachbarstaaten abdecken lassen. Ein zweites Griechenland kann sich Europa nicht leisten. Schäden an meinem Eigentum im Schadensfall müssen im Rahmen einer atomaren Haftpflicht vollständig abgedeckt werden.

Es muss sichergestellt werden, ich werde in ein Land meiner Wahl evakuiert werden und auf Kosten des Betreibers CEZ oder auf Kosten von Tschechien. Es muss sichergestellt werden, ich werde genügend Geld zur Verfügung zu haben, mein Leben am Ort meiner Wahl in angemessenem Standard weiterleben zu können. Ich bin nicht bereit, mein Leben in einer verstrahlten Zone zu fristen wie die von Fukushima betroffenen Japaner. Ich bewundere diese Menschen für ihre Gelassenheit, ich werde diese Gelassenheit nicht haben. Tepco kann das alles nicht finanzieren.

Es muss geprüft werden, auf welchem Wege für eine umfassende finanzielle Absicherung und grenzübergreifende Atomhaftpflicht die nötigen „rechtlichen Möglichkeiten“ (Land/Bilateral/EU) mit Substanz erfüllt werden können. Ich bin nicht mehr bereit das Restrisiko für den atomaren Wahnsinn der Nachbarn zu tragen. Deutschland steigt aus gutem Grund aus der Atomkraft aus.

Strahlenbelastung:

Hier gibt der Gutachter nur eine eigene Meinung wieder und macht sich die Sache sehr leicht. Ab Seite 651 wird es interessanter: *2200x mehr bestrahlt bei irgendwas als die „Auslässe“ der KKW.* Kernkraftwerke haben überhaupt keine radioaktiven Stoffe in die Umwelt abzugeben.

Untersuchungen wurden von SUJB durchgeführt. Wurden diese Untersuchungen genauso durchgeführt wie bei Schweißnaht 1-4-5? Sind die Aussagen ähnlich zu bewerten, wie Frau Drabovas Aussage „Greenpeace hat seit 2010 nichts mehr gefragt“? Wann wird Akte 15/2001/SUJB veröffentlicht?

Laut dem Organigramm „Radioaktive Belastung“ im UVP Bericht erscheint der SuperGAU Tschernobyl mit 0,3% vernachlässigbar, dieses Organigramm suggeriert, wir können noch viele SuperGAU ab. Die unwahrscheinlichsten Theorien werden vom Gutachter bemüht, um zu erklären, wie harmlos Temelin ist. Es zählen Fakten. Akte 15/2001/SUJB muss veröffentlicht werden.

Auf Seite 263 kann man lesen, *der radioaktive Austritt ist bei großen Blöcken größer als bei kleinen*. Es hat überhaupt kein Austritt zu erfolgen. *Nach dem von SUJB frei gegebenen Dokumentenprogramm wurde beurteilt*, laut Gutachter. Mich würde das von SUJB nicht freigegebene Dokumentenprogramm Akte 15/2001/SUJB interessieren.

Seite 654: Hier gibt es die ersten vernünftigen Sätze des Gutachters. *„Ein beträchtlicher Teil dieser Radionuklide gelangte in die Umwelt aus oberirdischen Kernwaffenversuchen“*. Richtig. Und Gutachter wie der geschätzte Herr Gutachter dieser UVP Stellungnahme waren es, die uns damals, nach Mururoa- und Bikini-Atoll erklärten, das wäre alles ungefährlich. Aus dieser Zeit, die wir frei und ohne Doktrin erleben konnten und in der es in Deutschland eine freie Berichterstattung gab, anders als in der damaligen Tschechoslowakei, haben wir unsere Erfahrungen gesammelt. Aus dieser Zeit resultiert auch das deutsche Vertrauen in die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Und das gesunde Misstrauen in Atomindustrie und Staat. Wenn Greenpeace sagt, Reaktor 1 von Temelin ist gefährlich, dann ist das so. Wenn Greenpeace sagt, die beiden neuen Reaktoren braucht es nicht, dann ist das so. Frankreich versenkte bei dem Attentat auf die Rainbow Warrior nicht nur das Flaggschiff von Greenpeace. Die Rainbow Warrior war auch ein Symbol der Glaubwürdigkeit in Deutschland und nicht nur bei der Antiatomkraftbewegung. Frankreich tötete dabei einen Menschen und legte falsche Fährten. Wir haben ein gesundes Misstrauen gelernt, in alles, was ein Staat und ein staatlich beauftragter Gutachter als „vom Staat gegeben“ betrachtet.

Und der zweite vernünftige Satz im UVP Bericht: *„Einen schwerwiegenden Beitrag zur Kontamination mit radioaktivem Cäsium leistet der Unfall im 4. Block des Kernkraftwerks Tschernobyl im Jahre 1986.“*

Genau davon rede ich. Von einem SuperGAU. Von Tschernobyl, von Fukushima, von Atomkraftwerken. Von einem INES 7 Fall. Und dann wird auch bei einem vom Gutachter so geliebten „Generation III+ Reaktor“ nicht nur im Umfeld von 700 m evakuiert werden. DAS ist Gegenstand meiner Einwendung aus dem Jahre 2010. Ich war im Jahre 1986 im Besitz eines Geigerzählers und im von Tschernobyl 1500 km oder mehr entfernten Marktredwitz schlug dieser Geigerzähler auf meiner Terrasse nur noch an den rechten Rand der Skala und knatterte. Das ist Fakt. Unter Zeugen. Keine persönliche Meinung. Und diese Erfahrung brachte auch das Subjekt Stadt Marktredwitz (Seite 293-299) zu der Stellungnahme: Temelin ist eine Gefahr für eine 180 km entfernte Stadt.

Ich fordere also die meteorologische Überprüfung einer möglichen Gefährdung durch Temelin. In der Walpurgisnacht, vom 30. April zum 1. Mai 2012, baute sich eine Gewitterzelle über Südböhmen auf und zog schnell Richtung Nord-Ost-Bayern. Es war wieder Tschernobyl-Wetter, also Ostwetterlage. Hätte es in dieser Situation einen INES 7 Fall in Temelin 1 an der Schweißnaht 1-4-5 gegeben, innerhalb weniger Stunden hätte ich mein Zuhause verlassen müssen oder wäre von Temelin kontaminiert worden.

Der Investor muss Emissionsverbreitungskarten von einem Beyond Design Accident anfertigen und mir nachweisen, dass mein Haus in 95615 Marktredwitz, Am Frauenholz 22, BRD nicht betroffen ist. Diese Emissionsverbreitungskarten von einem Beyond Accident Design müssen

angefertigt sein für verschiedene Wetterlagen an mindestens 25 verschiedenen historischen Wassertagen um zu sehen ob mein Haus im Falle einer BDA gefährdet ist. Dabei sind realistische Quelltermen einzuhalten - also mindestens 10% des radioaktiven Inventars.

Im UVP Bericht steht: *Tritium ist im Abfluss an der Moldau messbar und zwar in Regierungsverordnung Nummer/2003 GBI übersteigendem Maß.* Aha. Very interesting! Und was tut man da um Abhilfe zu schaffen? Nichts? Ist so? Staatsgegeben? Das vervielfacht sich, wenn dort zwei neue große Blöcke gebaut werden. Welche Konsequenzen gibt es?

Tschechien hat wegen Erdbebengefahr im Egerer Becken von Atomkraftwerksbau im Norden Tschechiens abgesehen. Dass tatsächlich die Gefahr von schweren Erdbeben besteht, belegen Studien der Universität Leipzig und der Universität München. Diese Studien müssen in Tschechiens Planungen einbezogen werden. Geologen waren überrascht, als sie in der Stadt Hof tiefe geologische Schichten an der Erdoberfläche fanden. Auskunft geologisches Landesamt Bayern. Die im UVP Bericht genannten Zeiträume der Überprüfung von Erdbeben ist im Erdzeitalter verschwindend gering und viel zu kurz.

Endlagerung und Kosten für Rückbau der Atomkraftwerke sind teuer. Tschechien hat das nicht berücksichtigt. Radioaktivität soll laut Filmdokumentation im Infozentrum Temelin in Tschechien schnell abklingen, schneller als im Rest der Welt.

Tschechien kann die geplanten Reaktoren 3+4 nicht selbst finanzieren und hat sich deshalb an die EU in Brüssel gewandt, um Subventionen zu bekommen. Oder Atom im eigenen Land ausschließlich subventionieren zu dürfen, wenn das bei dem Verkaufstermin in Passau so gesagt wurde? Die Süddeutsche Zeitung habe sich entschuldigt für ihre Äußerungen? Ist diese Aussage korrekt, die in Passau von Vertretern aus Tschechien getroffen wurde? Subventionen in Brüssel? Ja oder nein? Subventionen in Tschechien? Ja oder nein? Von wem? Von Brüssel?

Ein Reaktor vom Typ AES 2006 für das Atomkraftwerk Belene in Bulgarien kostet nach einer Studie von HSBC zwischen 8 und 10.35 Milliarden Euro. Bulgarien verzichtete vernünftigerweise auf den Bau. Der im Bau befindliche Reaktor in Finnland wird auf 7.7 Milliarden Euro geschätzt. Das ist nicht wirtschaftlich. Wer sich einredet, das wäre wirtschaftlich, der beweist, er unterliegt Illusionen und anderen Interessen, beherrscht aber ganz sicher nicht wirtschaftliche und rationale Rechenmethoden. Und damit auch nicht die Atomkraft. Denn die Folgekosten haben diese Illusionisten noch nicht eingerechnet. Jeder Wirtschaftsplan muss ein worst-case Szenario enthalten. Nur bei Atomkraftwerken gilt das offensichtlich nicht.

Die Auswirkungen von Tschernobyl sind bis heute in Bayern zu spüren. Die Strahlengrenzwerte von Lebensmitteln wurden von 100 Becquerel vor 1986, also vor Tschernobyl, auf 500 Becquerel nach Tschernobyl angehoben. Das ist schon unzumutbar hoch. Nach Fukushima sollte noch mehr erhöht werden. Proteste verhinderten das. Wie hoch sollen diese Werte erhöht werden, wenn es einen SuperGAU in Tschechien gibt? In Tschechien ist nicht bekannt, dass Wildschweine sofort westlich der Grenze zum großen Teil immer noch hochverstrahlt sind und nicht verzehrt werden dürfen. Östlich der Grenze wird seit 1986 alles lustig verzehrt. Die radioaktive Wolke zog 1986 ohne Konsequenzen über die damalige Tschechoslowakei hinweg um sich sofort nach der deutsch-tschechischen Grenze niederzuschlagen? Wurden und werden Pilze, vor allem mit braunen Kappen, in Tschechien regelmäßig auf Cäsium 137 und Strontium untersucht? Werden Wildschweine vor in Verkehr bringen auf Radioaktivität untersucht? Wenn ja, wie hoch sind die Werte? Wieviele müssen entsorgt werden?

Deutsche Banken unterliegen einem starken und steigenden Druck ihrer Kunden, nicht in Atomkraft zu investieren. Deutschland wird auch keinen Strom von Atomkraftwerken importieren, sondern voll auf regenerative Energien setzen und diese, da langfristig kostengünstiger und umweltfreundlicher, auch exportieren. Jede Kommune in Deutschland baut regenerative Energie aus und verdient damit in einigen Jahren Geld.

Tschechien hat keine möglichen Kriege in seinen UVP Bericht einbezogen. Tschechien hat nicht beschrieben, wie es seine Atomkraftwerke gegen Terrorangriffe oder Flugzeugabstürze großer Passagier- oder Frachtmaschinen schützen will.

Europa kann sich Atomkraft nicht mehr leisten. Ein SuperGAU in Tschechien bedeutet das Ende von Europa, von der EU und von dem Leben, so wie wir es heute kennen.

Deshalb fordere ich das Umweltministerium der Tschechischen Republik auf, die vorliegende Umweltverträglichkeitsprüfung für das Kernkraftwerk Temelin Block 3 und 4 zurückzuweisen, weil: eine Bewertung der Umweltverträglichkeit des Projektes aufgrund der fehlenden Angaben über den geplanten Reaktortyp nicht möglich ist; Schäden, die mir durch einen grenzüberschreitenden Unfall entstehen können, nicht abgedeckt sind (fehlende Haftpflicht); die UVE von der falschen Annahme ausgeht, dass Atomstrom „nahezu emissionsfrei“ sei; die Notwendigkeit der Errichtung des Kraftwerkes für die nationale Versorgung nicht gegeben ist; offene Fragen der Erdbebensicherheit des Standortes nach wie vor nicht zufriedenstellend geklärt sind; die Sicherheit vor Terrorangriffen und Cyberkriminalität nicht geklärt ist; die Frage der Endlagerung des nuklearen Abfalls (incl. Monitoring) nicht geklärt ist; ich die Gültigkeit des Verfahrensablaufs anzweifle.

Nicht festgelegter Reaktortyp - Der Reaktortyp (inkl. seiner technischen Spezifikationen) ist für die Abschätzung der möglichen Risiken und Umweltgefahren wesentlich. Erst mit der Entscheidung des Projektwerbers bezüglich des Reaktortyps wird überprüfbar sein, ob die Anforderungen an die geplanten Reaktoren lt. UVE erfüllt werden können. Diese Typenentscheidung wird aber erst nach Ende des UVP-Prozesses getroffen. Die vier, zur Auswahl vorliegenden, möglichen Druckwasserreaktoren unterscheiden sich schon in der Leistung (3200 bis 4500 MW je Block). Tatsache ist, dass für sämtliche angeführten Reaktortypen keine Erfahrungen aus dem laufenden Betrieb vorliegen. Die Reaktortypen wurden bislang auch keiner eingehenden Prüfung durch die tschechische Nuklearaufsichtsbehörde unterzogen. Ohne ein geeignetes (dem UK „generic design assessment“ vergleichbares) Prüfungsverfahren kann betreffend möglicher grenzüberschreitender Folgen schwerer Unfälle keine befriedigende Beurteilung erfolgen. Überprüfbare Nachweise dafür, dass die Wunschvorstellungen der UVP von den angestrebten Reaktortypen erfüllt werden, liegen nicht vor. Diese Vorgangsweise widerspricht dem Grundziel einer Umweltverträglichkeitsprüfung: eine Beschreibung der möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit und deren Alternativen auf die Umwelt sowie eine Abschätzung ihres Ausmaßes darzustellen. Deshalb ist das Ergebnis der Umweltverträglichkeitserklärung abzulehnen!

Fehlende Haftung - Niemand kann deterministisch beweisen, dass ein Unfall mit grenzüberschreitenden Auswirkungen zur Gänze auszuschließen ist. Das sogenannte „Restrisiko“ mag noch so klein sein, es bleibt ein Risiko mit enormen Kosten. Eine aktuelle Studie des Versicherungsforums Leipzig² beziffert die Kosten für einen schweren nuklearen Unfall auf € 6.000 Milliarden! Diese Summe kann im Ernstfall weder der Betreiber, noch der Staat Tschechien aufbringen. Greenpeace schätzt die Schadenssumme von Fukushima auf 500 Milliarden. Der Betreiber ist im Falle von grenzüberschreitenden negativen Folgen schwerer Unfälle in der vorgesehenen Anlage den Schadensersatzbestimmungen des deutschen Atomhaftpflicht-Gesetzes unterworfen. Die Bestimmungen des tschechischen Atomhaftpflichtgesetzes sind für Schäden in Deutschland nicht anwendbar. Der Betreiber des Projektes hat bislang keine adäquate Versicherung zur Finanzierung von Schäden in Deutschland abgeschlossen, weder für seine bislang in Betrieb befindlichen kerntechnischen

² Versicherungsforen Leipzig, Studie zur Berechnung einer risikoadäquaten Versicherungsprämie zur Deckung der Haftpflichtrisiken, die aus dem Betrieb von Kernkraftwerken resultieren
http://www.bee-ev.de/_downloads/publikationen/studien/2011/110511_BEE-Studie_Versicherungsforen_KKW.pdf

Anlagen, noch beabsichtigt er dies für das gegenständliche AKW-Projekt zu tun. Somit handelt der Betreiber fahrlässig gegen meine Schutzinteressen. Daher ist ihm jegliche Bewilligung für das vorgesehene Neubauprojekt zu untersagen.

Nuklearenergie ist nicht „praktisch emissionsfrei“ -In der UVE wird Kernenergie wiederholt als „ökologisch sauber“ und „praktisch emissionsfrei“ bezeichnet. Diese Definition ist als wissenschaftlich falsch anzusehen. Wie beispielsweise eine Studie des „Ökologieinstitut Darmstadt“³ zeigt, liegen die CO₂ Emissionen von Atomstrom bei Berücksichtigung des Lebenszyklus von Uran (Abbau bis Endlagerung) zwischen 32 und 126 g/kWhel und sind damit vergleichbar mit neuen, effizienten Gaskraftwerken. Praktisch emissionsfrei sind nur Erneuerbare Energien. Ich fordere Sie daher auf, die tatsächlich „praktisch emissionsfreie“ Strategie des Ausbaus von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzsteigerung umzusetzen und vom vorliegenden Projekt Abstand zu nehmen, da es auf falschen Theorien beruht!

Errichtung für den Stromexport - Der, in der Umweltverträglichkeits-erklärung (UVE)angeführte Bedarf der Tschechischen Republik an zusätzlicher Stromproduktionskapazität, ist nicht nachvollziehbar. Die Reaktoren 3 und 4 werden größtenteils dem Stromexport dienen. Unter diesen Bedingungen empfehle ich dem Projektwerber auf den Bau der Reaktoren zu verzichten.

Offene Fragen zur Erdbebensicherheit -Über die Erdbebengefahr am Standort Temelín besteht keine ausreichende Klarheit. Dies geht auch aus der ETE-roadmap ⁴ hervor. Zitat (Seite 9) *„Trotzdem verbleiben Punkte, die weiter untersucht werden sollen, um eine schlüssige Bewertung zu ermöglichen...“*

Fehlende Terrorsicherheit - Die Sicherheit der geplanten Anlagen gegen Terrorangriffe und Cyberkriminalität konnte nicht nachgewiesen werden. In der UVE finden sich hierzu keine belastbaren Aussagen. Hierbei handelt es sich aber um höchst realistische Gefahrenmomente, welche für die gesamte vorgesehene Betriebsdauer grenzüberschreitend Relevanz haben.

Endlagerung - Die Umweltverträglichkeitserklärung beinhaltet kein finanziell und in zeitlich realisierbares, belastbares Projekt für die Endlagerung und langfristige Überwachung des radioaktiven Abfalls aus dem AKW Temelin.

Unkorrekter Verfahrensablauf -Der, in der UN Aarhus Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie (art. 7.5) vorgesehene „diskriminierungsfreien Zugang“ zu den Verfahren ist durch die Nicht-Durchführung einer Öffentlichen Anhörung in Österreich und Deutschland (und anderen EU-Staaten) nicht gegeben. Am Ende des Verfahrensteils UVP-Scoping hat das MZP Auflagen an die Umweltverträglichkeitserklärung festgelegt, über welche sich der Betreiber faktisch hinweggesetzt hat. Seitens des MZP war z.B. gefordert BDBA Analysen und Informationen vorzulegen. Diese für mich als potentiell Betroffene relevanten Informationen haben die Betreiber im Rahmen der UVE nicht vorgelegt. Der Gutachter nimmt in seinen Stellungnahmen auch auf den Vergabesicherheitsbericht des Betreibers Bezug. Dieser Bericht wurde im Zuge des gegenständlichen Verfahrens nicht veröffentlicht. Somit besteht für die betroffene Öffentlichkeit keine Möglichkeit die Behauptungen des Betreibers seriös zu prüfen.

Aus diesen Gründen ist das UVP-Verfahren seitens des MZP negativ abzuschließen. Sollte das MZP entgegen meiner Forderung dennoch das Verfahren positiv abschließen, so behalte ich mir alle weiteren Rechtsmittel gegen Bescheide in Folge vor.

³ Treibhausgasemissionen und Vermeidungskosten der nuklearen, fossilen und erneuerbaren Strombereitstellung
<http://www.oeko.de/oekodoc/318/2007-008-de.pdf>

⁴ Umweltbundesamt: Ete-roadmap, Item 6, site seismicity, final monitoring report, Seite 9,
http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/kernenergie/temelin/Roadmap/PN6_FMR.pdf

Die **Ärzteorganisation IPPNW** (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) weist daraufhin, wie sie aus einer für das Bundeswirtschaftsministerium in Deutschland erstellten Studie zitiert, dass sich die möglichen maximalen Schäden bei einem Atomkraftwerksunfall, auf **5.500 Milliarden Euro** belaufen können. Oben angeführt sind andere Zahlen aus Leipzig genannt, die aber ähnlich liegen. Auch die Tschechische Regierung muss das Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie Recht auf Eigentum (und Nicht-Beschädigung bzw. Schadenshaftung) unverzüglich herstellen und gewährleisten. Das MZP muss folgende Fragen im Detail abklären lassen:

Bestehen Einsatzkonzepte für Deutschland, Polen, Slowakei, Österreich und Tschechien für einen atomaren Unfall in Tschechien und wo liegen diese einsehbar in Deutschland und den anderen Staaten bzw. im Internet auf?

Sind Rettungs- und Sicherheitskräfte in den 5 Staaten (Militär, Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Technische Hilfsdienste, Wasser- und Stromversorgungseinrichtungen entsprechend vorbereitet bzw. geschult und geübt für den Notfall?/Sind diese Kräfte u. Einrichtungen mit entsprechenden Fahrzeugen, Ausrüstungen (Notstromaggregaten, Atemschutzmasken f. Radioaktivität, Schutzbekleidung etc.) ausreichend ausgestattet und mit der Handhabung vertraut?

Zahlt das die Öffentlichkeit oder CEZ?

Oder werden Sie dann, wie damals (Fukushima) in der Tageszeitung zu lesen war auch als „WEGWERFARBEITER“ deklariert, denn es ist ja dann ihre Pflicht ihre Arbeit zu tun – mit oder ohne Schutzausstattung. Wie die Liquidatoren von Tschernobyl behandelt werden, ist in der BRD bekannt.

Sind Notunterkünfte mit entsprechender Ausstattung (Sanitäreinrichtungen) für die zu evakuierenden Menschen in ausreichender Anzahl vorhanden und ist für eine Verpflegung gesorgt?

Ist der Transport vom Gefahrenbereich zu diesen Unterkünften sichergestellt?

Wie werden Kranke und alte Menschen in Städten, aber auch auf dem Land von Krankenhäusern, Altersheimen und alte gebrechliche Menschen evakuiert?

Wo bleibt das Kranken- und Pflegepersonal und die Ärzte und Apotheken etc.?

Liegt ausreichend Schutzausrüstung für die Bevölkerung, wie Atemschutzmasken und Schutzbekleidung, sowie Jodtabletten etc. bereit und ist die zeitnahe Verteilung gewährleistet bevor die betroffene Bevölkerung aus dem Haus gehen muss und die Tabletten holen muss?

Liegen Baupläne sämtlicher AKWs, egal welcher, in den Regierung der betroffenen 5 Staaten auf und ist die Erreichbarkeit kompetenter Ansprechpartner der AKWs sichergestellt?

Liegen entsprechende Notfallkonzepte der AKW-Betreiber der einzelnen AKWs in den Regierungen auf und sind diese auf dem neuesten Stand?

Werden diese Konzepte mit den entsprechenden Vorbereitungen seitens der Regierungen in den betroffenen 5 Staaten in regelmäßigen Abständen überprüft?

Wie wird die Alarmierung der Bevölkerung in den betroffenen 5 Staaten gewährleistet?

Ist die komplette AKW-Anlage auch von außerhalb (mittels Fernwartung) steuer- und kontrollierbar, damit im Notfall Kräfte nicht unnötig in ein havariertes und verstrahltes AKW müssen? Dazu ist es erforderlich, dass sämtliche Unterlagen, PC-Systeme, Pläne etc. in duplizierter Form in einer sicheren Entfernung von einem AKW für einen Notfall vorhanden sind und von dort aus das System gecheckt werden können (Fernwartung u.a. mit installierten Cams, die auch von außen benutzt werden können).

Wo im Internet kann man die aktuellen und örtlichen Luftmesswerte i.S. Radioaktivität per Webcam am Messgerät vor Ort beobachten?

Liegen Konzepte auf, um die Bevölkerung im Falle eines Notfalls ausreichend zu informieren und trotzdem Panik und Hysterie zu vermeiden?

Sind Vorbereitungen/ Vorkehrungen getroffen, um unverzüglich jegliches Schadensereignis an einem AKW größtmöglich minimieren zu können?

Befindest sich Kühlflüssigkeit in ausreichender Menge in unmittelbarer Nähe des AKWs? Auch für vier Reaktoren? Auch bei extremer Wasserknappheit über wie lange?

Sind entsprechende externe Pumpen mit entsprechender externer Stromversorgung einsatzbereit?

Stehen Kranfahrzeuge, Betonpumpen etc. bereit?
Steht entsprechendes Fachpersonal bereit?

Stehen entsprechende AKW-Ersatzexperten bereit, die mit dem AKW auch vertraut sind, falls die eigentlichen Experten ausfallen sollten?

Sind die Kernbrennstäbe entsprechend sicher und separat gelagert oder werden Sie auch im Abklingbecken zweckentfremdet dauergelagert?

Stehen genügend und geeignete Abdichtungsmaterialien bereit, um Lecks sofort schließen zu können?

Stehen fernsteuerbare Roboterfahrzeuge bereit, falls Bereiche entstehen sollten, die für Menschen aufgrund der hohen Strahlendosis nicht mehr zugänglich sind?

Stehen entsprechende Transport-Hubschrauber bereit, die aus der Luft Unterstützung leisten können?

Wie wird gewährleistet, dass nur geeignetes Personal/ Fachkräfte/ Experten im AKW tätig ist analog Trunkenheit, Drogen, Müdigkeit im Straßenverkehr, indem der Konsum von Alkohol, Drogen etc. aber auch Übermüdung etc. ausgeschlossen ist?

Werden die tschechischen AKWs auch von außertschechischen Experten auf Sicherheitsmängel ebenso wie auf die Vorkehrungsmaßnahmen überprüft und die Beanstandungen umgehend behoben?

Gibt es gegenseitige Überprüfungen der AKWs durch die Nachbarn?

Ist jeder Bereich in und um das AKW mehrfach mit voneinander unabhängigen Cams (separate Netze) und Messinstrumenten ausgestattet?

Was wurde seit der Fukushima-Katastrophe am AKW Temelin verbessert?

Warum wird Akte 15/2001/SUJB nicht veröffentlicht?

Warum wurden die Hochdruckdampfleitungen nach 28.8 Metern nicht getrennt?

Waren schon von Planungsbeginn an mehrere unabhängige und länderübergreifende ausgewiesene Experten auch beim Bau beteiligt, um eine entsprechende Fertigung sicherzustellen und es auch nur annähernd als „sicher“ einstufen zu können?

Alle Einzelheiten/ Details müssten minutiös und nachvollziehbar, z.B. Zusammensetzung des Betons, von wem wann geliefert, wie verarbeitet usw., dokumentiert sein. Die Materialqualität und Geeignetheit jedes einzelnen Bauteils (jeder einzelnen Schraube) muss bei einer gefährlichen Technik geprüft und dokumentiert sein. Schließlich ist das schon alleine aus Gründen der Haftungsfrage erforderlich.

Wer hat z.B. nicht die erforderliche Materialgüte eingehalten und somit den Grundstein gelegt? Ich wiederhole meine Frage nach Akte 15/2001/SUJB.

Warum darf Frau Kroupova, die Expertin für Schweißnähte nicht über Schweißnaht 1-4-5 reden?

Alles muss penibel überprüft sein – die Fertigung, wie die Montage, aber auch der Betrieb jedes Einzelteils als auch der Gesamtanlage. Ist es das? Akte 15/2001/SUJB?

Nehmen wir Tschernobyl und Fukushima als Beispiel: Alle Probleme, die dort aufgetaucht sind, müssen in tschechischen AKWs, insbesondere dem AKW Temelin, von vornherein ausgeschlossen werden können. Ist das möglich?

Das MZP muss weiter klären und beantworten:

- Die 5 Minuten Minimum beim Anhörungstermin sind diskriminierend und widersprechen Aarhus 3(9), Espoo 2(6) und EU Direktive EIA Directive 85/337/EC, art. 7(5). Der Verweis zur üblichen Praxis in der BRD wird hiermit gemacht. Ein Anhörungstermin für 5 Staaten an nur einem Tag wäre in der BRD undenkbar. Bereits die Anhörung Frankenschnellweg in Nürnberg oder Flughafen Hof dauerte 3 Tage. Ich weise darauf hin, dass die MZP-Praxis eklatant von der deutschen Praxis abweicht.
- Wesen der Anhörung ist nicht nur Fragen zu stellen, sondern auch seine Stellungnahme zur UVE zu konkretisieren, Stellung zum UVP-Gutachten zu nehmen und auch den Standpunkt des MZP zum Ausgang des UVP-Verfahrens zu diskutieren. Hier ist ein Widerspruch des tschechischen Verfahrens mit Aarhus 3(9), Espoo 2(6) und EU Direktive EIA Directive 85/337/EC, art. 7(5).
- Warum hat das MZP die aktuell gültige Fassung des UVP-Gesetzes bislang noch nicht in Übersetzung, engl. bzw. deutsch veröffentlicht?
- Warum gibt es keine Anhörungen in den 4 Nachbarstaaten?
- Daran anschließend stelle ich die Frage, wie die Klagemöglichkeiten lt. EU-UVP-Recht bzw. Aarhus in den nachfolgenden Bewilligungsverfahren sichergestellt ist?
- Wer hat in den nachfolgenden Bewilligungsverfahren Partei und somit ein Klagerecht nach Aarhus? Ich fordere konkrete Antworten schriftlich ein.
- Nächste Frage ist, welche Bedeutung der MZP-Standpunkt aus 2009 für die Beurteilung der UVE und in weiterer Folge für den Gutachter hat. Es gibt zahlreiche Stellungnahmen aus der Begutachtung der UVE, wie lauten die? Diese zahlreichen Stellungnahmen weisen auf die Diskrepanz zwischen UVE und Standpunkt aus 2009 hin. Eigentlich hätte das MZP die UVE nicht veröffentlichen dürfen. Wie war Punkt für Punkt der MZP-Standpunkt aus 2009? Dort stehen keine „kann“ sondern „muss“ –Bestimmungen!
- Wie stellt das MZP sicher, dass ein MZP-Standpunkt 2012 von den nachfolgenden Bewilligungsbehörden verpflichtend respektiert und umgesetzt werden wird?

- Wieso hat die UVE und das Gutachten bei der Energiewirtschaft nahezu alles aus dem MZP-Standpunkt aus 2009 unter den Tisch fallen lassen? (siehe hier auch Fachstellungnahme aus Österreich)
- Haftung: Was lernte man denn in Prag und Umgebung aus Fukushima? Die Haftpflichtsumme hat sich als viel zu klein erwiesen. Der Verweis auf die Wiener Konvention aus dem Jahre 1963 mag formal korrekt sein, aber ist faktisch unbedeutend. Hat der tschechische Gesetzgeber nur den Schutz von CEZ im Auge, aber nicht den Schadensersatz, der durch einen Unfall Betroffenen tschechischen StaatsbürgerInnen, aber auch den der deutschen Nachbarn? Wie sieht es bei Polen, Slowakei und Österreich aus? Es steht Tschechien frei, CEZ höher als die Minimalsumme laut Wiener Konvention versichern zu lassen. Vergleichsweise versichert die Münchner Rück jede Ölbohrung auf ca. 20 Mrd. \$. Das kann man auch für jedes AKW in Tschechien verlangen. Haftungsrelevant ist auch, ob ein schwerer Unfall im (uralte) AKW Dukovany einen schwerwiegenden ökonomischen Schaden für den Temelin 1-4 Betreiber hervorrufen kann?
- Fragen zum Black Box Verfahren: Wie sind die Anforderungen an die UVE laut MZP-Standpunkt aus 2009? Punkt für Punkt? Wo ist das Ranking der Anlagentypen? Warum hat SUJB keinen vergleichbaren Prüfprozess wie in UK bzw. USA durchgeführt? Der MIR 2006 (AES 2006) ist vergleichsweise überhaupt noch nicht geprüft? Russland will dies nun erst in UK nachholen? Aber das wird noch Jahre dauern?
- Wenn Black Box Verfahren und wenn die Anforderungen aus MZP 2009 gegenwärtig noch nicht einlösbar wären, so würde das bedeuten, dass das UVP-Verfahren noch nicht abgeschlossen werden kann.
- Die Auflagen aus dem MZP-2012-Standpunkt sind von entscheidender Bedeutung – vor allem in ihrer bindenden Wirkung an die nachfolgenden Bewilligungsverfahren und auch aufgrund der Infoansprüche der im UVP-Verfahren mitbeteiligten Öffentlichkeit!
- Die vielfältigen nuklearrelevanten Punkte sind in der österreichischen Fachstellungnahme nachlesbar. Ich will keine ausweichenden Antworten. Die Fachstellungnahme ist in meine Einwendung voll zu integrieren.
- Ein wichtiges Dokument – der sogenannte „Vergabesicherheitsbericht“ – also ein Teil der Ausschreibungsunterlagen von CEZ, in der sie nuklearsicherheitstechnischen Details festlegt – ist nicht im Rahmen des UVP-Verfahrens veröffentlicht worden. Das MZP bzw. der Gutachter hatte hierzu Zugang – nicht aber die Öffentlichkeit. Somit kann nicht nachvollziehbar geprüft werden, welche Auflagen CEZ im Detail von den angefragten Reaktoren erfüllt sehen will und welche Art von Nachweisen im Detail eingefordert wird. Dies widerspricht Aarhus 3(9), Espoo 2(6) und EIA Directive 85/337/EC, art. 7(5).
- Die möglichen schweren Unfälle sind ein Thema. Welche Möglichkeiten interner oder externen unfallauslösender Ereignisse sind zu diskutieren? Wie hoch ist die Widerstandfestigkeit der möglichen Reaktoren im Einzelnen?
- Bei den Auswirkungen off-site ist die jüngste BFS-Studie nicht hoch genug zu schätzen. Die emergency zones in Tschechien sind wohl ebenso lächerlich klein, wie auch die in Deutschland. Aber Deutschland hat nun nach Fukushima allerhand dazugelernt. Der relevante Punkt ist hier nicht nur die freigesetzte Menge an Radioaktivität, sondern die Dauer der Freisetzung. Spannend ist hierbei nicht nur die Frage der Unfallmöglichkeiten in einem der Reaktoren für Temelin 3+4, sondern auch der Auswirkungen von Unfällen in Temelin 1+2 auf Temelin 3+4?
- Erdbeben sind auch ein Thema: Warum werden in Tschechien bislang nicht Methoden wie in der Schweiz (Pegasus-Studie) angewandt? Bis wann liegen welche noch laufenden Untersuchungen vor? Wer macht diese Untersuchungen, wer wird fachlich von wo zugezogen?
- Wird es Konsultationen mit den Nachbarstaaten vor Verabschiedung des abschließenden Standpunktes zum UVP-Verfahren geben? Ja oder Nein?
- Wird es ein gemeinsames Monitoring der Auflagenerfüllung geben. Wenn ja – jeweils ein eigenes Monitoring-Programm mit jedem einzelnen Nachbarstaat? Oder ein Monitoring-

- Programm für alle? Wer ist hierfür die federführende Stelle in Tschechien? Wie erfolgt die Einbindung der tschechischen und benachbarten Öffentlichkeit?
- Welche Auflagen wurden für die Betriebsbewilligungen für Temelin 1+2 festgelegt, um Unfälle zu verhindern, die auf Temelin 3+4 Auswirkungen haben können?
 - Temelin 1+2 haben nun Betriebsbewilligungen für weitere 10 Jahre. Wurden die Defizite behoben, die bei den EU-Stresstests herausgekommen sind? Werden sie noch behoben werden müssen? Welche Defizite sind das? Temelin 1+2 haben kein „filtered venting“? Das weiß die SUJB schon ewig und schreibt es CEZ dennoch nicht vor?
 - Welche Auswirkungen hat ein Ines 7 Fall dieser beiden Reaktoren auf Temelin 3+4?

Siehe folgende Links:

<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/umweltpolitische/ESPOOverfahren/UVPETE34/UEP ETE 34 Abschluss Scoping dt.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0296.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0387.pdf>

Mit freundlichen Grüßen,

Martina K., 15.06.2012 Boyp R. Th

Ort, Datum

Unterschrift

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wunsiedel
Am Frauenholz 22
95615 Marktrechwitz
Germany

Ministerstvo Životního Prostředí (MZP),
100 00 Praha 10 – Vršovice,
Vršovická 65,
Tschechische Republik

Note by email to all relevant official bodies in EU and Germany.

Marktrechwitz 2012-06-15

Stellungnahme zur UVP,, Neue Kernkraftanlage am Standort Temelin einschließlich Ableitung der Generatorleistung in das Umspannwerk mit Schaltanlage Kocin“/ Frist 07.05.-~~08~~06.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Namen des Kreisverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen wir unsere Rechte im Rahmen einer grenzüberschreitenden UVP Temelin 3+4 geltend. Darüber hinaus wollen wir informiert werden über die weiteren Verhandlungsergebnisse, insbesondere auch über Ort und Zeit der Öffentlichen Anhörung in Deutschland wenn diese UVP widerrechtlich läuft. Ich möchte grundsätzlich betonen, dass ich das Verfahren in der durchgeführten Form ablehne, da eine verbindliche Öffentliche Anhörung in Deutschland, in Österreich und in anderen Mitgliedsstaaten nicht vorgesehen ist und damit der, in der UN Aarhus-Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC art. 7(5) vorgesehene „diskriminierungsfreien Zugang“ zu den Verfahren nicht gegeben ist.

Darüber hinaus nehme ich zur Umweltverträglichkeitserklärung für den Ausbau des AKW Temelin wie folgt Stellung: Der unabhängige Gutachter war selbst im Jahre 2012 noch nicht fähig die Erfahrungen durch Tschernobyl und Fukushima in seinen Bewertungen der deutschen Einwendungen aus dem Jahre 2010 zu verarbeiten. Die für Greenpeace international abgegebene Stellungnahme von Herrn Jan Haverkamp, Prag, ist vollinhaltlich in meine Stellungnahme zu integrieren. Sie liegt dem MZP vor.

Bereits der bestehende Reaktor 1 hat ein Sicherheitsrisiko. Frau Kroupova, die Expertin für Schweißnähte der tschechischen Atomaufsicht, sagt, Schweißnaht 1-4-5 wird unter Stress nicht halten. Tschechien, CEZ und SUJB müssen Akte 15/2001/SUJB sofort veröffentlichen und Frau Kroupova ohne Druck reden lassen.

1.)Doku Videoaufzeichnung Vortrag Jan Haverkamp zu Akte 15/2001/SUJB

<http://gruene-fichtelgebirge.de/akw-temelin-info-fahrt-2011videodocumentation/>

2.)Greenpeace Dokumentation The Risks of Skoda Greenpeace Akte 15/2001/SUJB

1.1 factsheet welding CZ

gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/200305_CZ_Temelin_welding_factsheet.pdf

1.2 factsheet welding CZ addition

gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/20041010_1_Factsheet_welding_CZ_addition.pdf

2.0 factsheet welding ENGLISH - the only official version -The Risks of Skoda Greenpeace

gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/The_Risks_of_Skoda_Greenpeace_02.pdf

3.0 factsheet welding DE ((20111118 Factsheet welding 5.2 DE))

gruene-fichtelgebirge.de/uploads/media/20111118_Factsheet_welding_5.2_DE.pdf

3.)Atomvertrauen - Atomová víra -ČT2

www.ceskatelevize.cz/porady/1100627928-ta-nase-povaha-ceska/412235100011001-atomova-vira/

Die UVP Temelin 3+4 verstößt gegen geltendes internationales und europäisches Recht **(1)**. Nur die grenznahen Landratsämter (Cham, Freyung-Grafenau, Hof, Neustadt a. d. Waldnaab, Passau, Regen, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel) und kreisfreien Städte (Hof, Passau und Weiden i. d. Oberpfalz) wurden von der Bayerischen Regierung beteiligt und über den Amtsweg informiert.

(1) Aarhus 3(9): *Within the scope of the relevant provisions of this Convention, the public shall have access to information, have the possibility to participate in decision-making and have access to justice in environmental matters without discrimination as to citizenship, nationality or domicile and, in the case of a legal person, without discrimination as to where it has its registered seat or an effective centre of its activities.*

Espoo 2(6): *The Party of origin shall provide, in accordance with the provisions of this Convention, an opportunity to the public in the areas likely to be affected to participate in relevant environmental impact assessment procedures regarding proposed activities and shall ensure that the opportunity provided to the public of the affected Party is equivalent to that provided to the public of the Party of origin.*

EIA Directive 85/337/EC, art. 7(5). *The detailed arrangements for implementing this Article may be determined by the Member States concerned and shall be such as to enable the public concerned in the territory of the affected Member State to participate effectively in the environmental decision-making procedures referred to in Article 2(2) for the project.*

Es fehlt die Beteiligung der Bevölkerung über den Amtsweg in der ganzen BRD, **es fehlt der verbindliche Anhörungstermin in der BRD**. Es fehlen 60 Tage Frist wie schon im Jahre 2010, denn der UVP Bericht umfasst 2000 Seiten. Im von CEZ gewählten Blackbox Verfahren wird der Reaktor erst am 02. Juli 2012 geheim entschieden, es werden auch alle Reaktorunterlagen geheim bleiben. Auch in Tschechien wurden nur 13 km rund um Temelin in Südböhmen an der UVP beteiligt. Die UVP muss wegen Verstoßes gegen internationales und europäisches Gesetz wiederholt werden. Die Reaktoren Temelin 3+4 gefährden mein Leben und das meiner Familie. Ich haften mit all meinem Besitz für den Wahnsinn von CEZ. Schon Tschernobyl, aber auch die High Tech Nation Japan hat das mit Fukushima überprüfbar und eindrucksvoll bewiesen.

Welche Auswirkung hat ein Ines 7 Fall, also ein SuperGAU, einer oder beider Reaktoren 1+2 auf den Betrieb der beiden geplanten Reaktoren 3+4?

Mit freundlichen Grüßen,

Marktredwitz
Ort, Datum

15.06.2012


Unterschrift